



Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz • Postfach 2125 • 55011 Mainz

Ministerium für Bildung  
Herrn Staatssekretär  
Hans Beckmann  
Mittlere Bleiche 61  
55116 Mainz

Unsere Zeichen  
200-00/AS/nm

Mainz, den  
22.09.2016

## Beabsichtigte Schließung von kleineren Grundschulen

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Beckmann,

wie wir aus der Pressemitteilung des Bildungsministeriums vom 20.09.2016 entnehmen konnten, beabsichtigt das Land 310 Lehrerstellen zu streichen und kleinere Grundschulen zu schließen.

Weiterhin heißt es in der Pressemitteilung, dass das Bildungsministerium derzeit gemeinsam mit der Schulaufsicht Leitlinien für die Grundschulen erarbeitet, in denen festgelegt wird, ab wann eine Schließung „pädagogisch-organisatorisch“ erforderlich ist. Diese Leitlinien sollen sich an denen seit 2013 bestehenden Vorgaben für Realschulen plus orientieren.

Der Inhalt der Pressemitteilung steht u. E. im Widerspruch zu den Ausführungen im Koalitionsvertrag Rheinland-Pfalz 2016 – 2021, in dem auf die Erhaltung von möglichst wohnortnahen Grundschulen hingewiesen wird. An dem Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“ wurde ausdrücklich im Koalitionsvertrag Rheinland-Pfalz 2016 – 2021 festgehalten (Seite 15: „*Kurze Beine, kurze Wege – wir wollen unsere Grundschulen möglichst wohnortnah erhalten.*“). Noch zum Schuljahresbeginn hieß es in einer Pressemitteilung der SPD-Fraktion vom 29.08.2016, dass trotz der Zeiten der Haushaltskonsolidierung und der Schuldenbremse in diesem Schuljahr 270 Stellen neu geschaffen und insgesamt 1.100 Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden.

Sollte das Land tatsächlich beabsichtigen, die Vorgaben der Realschule plus auch für die Grundschule für eine Schließung zugrunde zu legen, wären viele überwiegend im ländlichen

.../ 2



Blatt  
2

Zum Schreiben vom  
22.09.2016

Raum befindliche Grundschulen von einer Schließung betroffen. Die Schließung von Schulstandorten stellt einen tiefen Einschnitt in die Infrastruktur der Gemeinden dar und wäre fatal für die ländlichen Regionen in Rheinland-Pfalz.

Die demografische Entwicklung im ländlichen Raum führt insbesondere im Bereich der Grundschulen zu einer Ausdünnung des Bildungsangebotes, wenn auf sinkende Schülerzahlen mit einer Zentralisierung von Bildungsangeboten reagiert wird. Werden Bildungsangebote als Standortfaktor einer nachhaltigen Entwicklung ländlicher Regionen verstanden, gilt es hier innovative Konzepte zu entwickeln, die den besonderen Herausforderungen ländlicher Regionen Rechnung tragen.

Kleine Schulen können dazu beitragen, im Sinne der Chancengerechtigkeit im Zugang zur Bildung, regionale Bildungsangebote zu erhalten und Standorte zu sichern. Mit der langfristigen Sicherung von kleinen Grundschulstandorten steigert dies die Attraktivität der jeweiligen Regionen besonders für junge Familien, da die Versorgung mit Betreuungs- und Bildungsangeboten entscheidenden Einfluss für den Verbleib bzw. dem Zuzug in diese Region hat.

Wir wären Ihnen, sehr geehrter Herr Staatssekretär Beckmann sehr dankbar, wenn Sie uns den aktuellen Sachstand zu den in der Pressemitteilung angekündigten Maßnahmen – die u. E. im Widerspruch zur Koalitionsvereinbarung stehen – mitteilen könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Manns  
Verbandsdirektor